

31.10.2016

Antrag

der Fraktion der FDP

Gesundheit von Männern durch bessere Inanspruchnahme von Prostatakrebs-Früherkennung stärken

I. Ausgangslage

Bei Prostatakrebs, auch Prostatakarzinom genannt, handelt es sich um einen bösartigen Tumor der Vorsteherdrüse des Mannes. Prostatakrebs ist mit einem Anteil von ca. einem Viertel die häufigste Krebserkrankung von Männern in Deutschland. Pro Jahr werden nach Angaben des Robert Koch-Instituts bundesweit über 60.000 Neuerkrankungen diagnostiziert. Mit einem Anteil von rund 11 Prozent steht das Prostatakarzinom hinter Lungen- und Darmkrebs an dritter Stelle bei den zum Tode führenden Krebserkrankungen. Vor dem 50. Lebensjahr ist Prostatakrebs selten, die meisten Neuerkrankungen treten bei Männern ab ca. 70 Jahren auf. Die Ursachen von Prostatakrebs sind bisher noch weitgehend unbekannt. Man kennt jedoch bestimmte Faktoren, die das Risiko einer Prostatakrebskrankung erhöhen. Als wichtigster Faktor neben dem fortgeschrittenen Alter gilt die familiäre Veranlagung. Außerdem spielen Umwelteinflüsse wie zum Beispiel Ernährung, Lebens- und möglicherweise auch Arbeitsbedingungen eine Rolle.

Zum Tumor kommt es meist in der äußeren Region der Vorsteherdrüse, so dass ein Karzinom bei der Untersuchung mit dem Finger vom Enddarm aus häufig zu tasten ist. Wichtig ist die Unterscheidung des bösartigen Tumors von der gutartigen Vergrößerung der Prostata. Letztere verursacht ähnliche Beschwerden, etwa Probleme beim Wasserlassen, breitet sich aber im Gegensatz zum Krebs nicht über die Prostata hinaus aus. Im Frühstadium ist der Krebs gut heilbar. Dies geschieht in der Regel durch die operative Entfernung der Prostata oder durch eine Strahlentherapie. 93 Prozent aller Erkrankten sind nach 5 Jahren noch am Leben. Liegen bereits Metastasen vor, können verschiedene Therapieverfahren einzeln oder kombiniert angewendet werden, um den Krankheitsprozess aufzuhalten, die Lebenszeit zu verlängern und Beschwerden zu lindern.¹

¹ Auszüge der Basis-Information der Deutschen Krebsgesellschaft, onko-internetportal

Datum des Originals: 31.10.2016/Ausgegeben: 31.10.2016

Die guten Heilungschancen im Frühstadium zeigen die Bedeutung einer Früherkennung. Je früher ein Tumor erkannt wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass er noch nicht gestreut hat und deshalb heilbar ist. Männer ab 45 Jahren können einmal jährlich die Leistungen des gesetzlichen Krebsfrüherkennungsprogramms in Anspruch nehmen. Die Früherkennung umfasst ein Gespräch mit dem Arzt, in dem nach eventuellen Beschwerden oder Symptomen gefragt wird. Außerdem werden die Geschlechtsorgane und die Lymphknoten in der Leiste untersucht und der Arzt tastet die Prostata vom Enddarm aus ab. Mit dieser so genannten digital-rektalen Untersuchung können jedoch nur oberflächlich gelegene und größere Karzinome gefunden werden. Hingegen bleiben Tumore dabei unentdeckt, die ungünstig gelegen oder noch sehr klein sind.

Eine weitere Möglichkeit der Früherkennung ist der PSA-Test. Das prostataspezifische Antigen (PSA) ist ein Eiweiß, das nur in der Prostata hergestellt wird. Ein erhöhter PSA-Wert deutet auf eine Veränderung der Prostata hin. Eine mögliche, aber nicht die häufigste Ursache hierfür ist eine Krebserkrankung der Prostata. Der PSA-Test ist in mehreren Studien untersucht worden. Deren Aussagen zu Nutzen und Risiken des Tests sind sehr widersprüchlich. 2009 sind zwei große Studien erschienen. Die eine hat gezeigt, dass der PSA-Test die Sterblichkeit an Prostatakrebs senkt, die andere nicht. Alle Studien zeigen andererseits, dass durch den PSA-Test häufiger Krebs entdeckt wird, der ohne Früherkennung nicht aufgefallen wäre und vermutlich keine Beschwerden verursacht hätte. Der PSA-Test ist eine sogenannte Individuelle Gesundheitsleistung (IGeL). Er wurde nicht in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen, weil der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) nach Auswertung der vorhandenen Studien seinen Nutzen für nicht ausreichend erwiesen hält.²

Da der Nutzen des PSA-Tests umstritten ist, werden auch alternative Möglichkeiten diskutiert. Vorrangig sollte die Erforschung spezifischer Tumormarker vorangetrieben werden, um ein geeignetes standardisiertes Verfahren zur Früherkennung zu entwickeln. Bis dahin gilt es aber dennoch, die bestehenden Möglichkeiten der Früherkennung und insbesondere des gesetzlichen Krebsfrüherkennungsprogramms zu nutzen.

Das gesundheitsbezogene Verhalten von Männern unterscheidet sich deutlich von dem von Frauen. Männer reagieren auf Krankheitssymptome anders, sie nehmen Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention weniger häufig wahr und nutzen die medizinischen Versorgungsstrukturen oft erst, wenn eine Behandlung aufgrund erheblicher Beschwerden unumgänglich ist. Gerade weil Männer in der Regel weniger auf ihre Gesundheitsvorsorge achten, sollten Verbesserungen bei der Krebsfrüherkennung angestrebt werden. Dazu kommt es darauf an, Männer gezielt und ausgerichtet an ihren Lebenswelten und Lebensrealitäten anzusprechen und so zur Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen zu motivieren. Ein Erinnerungssystem bzw. ein koordiniertes Einladungswesen zu Früherkennungsuntersuchungen für Männer vergleichbar dem Mammographie-Screening für Frauen wäre insofern sinnvoll, um die Inanspruchnahme der Prostatakrebs-Früherkennung zu steigern.

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Aufklärung über Prostatakrebs zu stärken, um Wissenslücken zu schließen und das Bewusstsein dieser Erkrankung zu fördern;

² Auszüge aus Leitlinienprogramm Onkologie: Früherkennung von Prostatakrebs. Information für Männer. Zweite Auflage, Juli 2015

2. gezielte Werbemaßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Bereich der Männergesundheit zu entwickeln, um Männer zur Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen zu motivieren;
3. ein Erinnerungs- bzw. Einladungssystem zu Früherkennungsuntersuchungen in Zusammenarbeit mit Krankenkassen auf den Weg zu bringen;
4. Forschungsprojekte im Bereich der Prostatakrebs-Früherkennung und der Erforschung spezifischer Tumormarker zu fördern.

Christian Lindner
Christof Rasche
Susanne Schneider

und Fraktion